

Kanal-TÜV: Neuordnung unter Dach und Fach

Dichtheits-Prüfung von Abwasserkanälen

DÜSSELDORF. Wer wann seine Abwasserkanäle auf Dichtheit prüfen muss – darüber wird seit langem gestritten. Jetzt ist eine Neuordnung unter Dach und Fach. Die Koalitionsfraktionen im Düsseldorfer Landtag stimmten am Donnerstagabend für eine Neuregelung des Kanal-TÜV für private und gewerbliche Abwasserleitungen.

Es sei eine „bürgerfreundliche Neureglung“ geschaffen, „ohne den Anspruch an einen umfassenden Boden- und Gewässerschutz zu schwächen“, sagte Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) in einer Erklärung. Für Hausbesitzer in Wasserschutzgebieten gilt: Sie müssen ihre privaten Abwasserkanäle bis Ende 2020 auf Dichtheit prüfen lassen. Ist das Haus älter – vor 1965 gebaut – ist diese Erstuntersuchung aber schon bis Ende 2015 Pflicht. Gewerbebetriebe müssen in Wasserschutzgebieten ihre Rohre bis 2015 unter die Lupe nehmen las-

sen, sofern diese vor 1990 errichtet wurden. Sonst reicht das bis 2020. In NRW gibt es rund 400 Wasserschutzgebiete.

Außerhalb von Wasserschutzgebieten ist für industrielle oder gewerbliche Abwasserkanäle vorgeschrieben, dass diese bis 2020 zu untersuchen sind. Für private Kanäle macht das Land hier keine Vorgaben, räumt Städten und Gemeinden aber Freiräume ein: „Die Kommunen können (...) durch Satzung festlegen, innerhalb welcher Frist, je nach Anforderung der örtlichen Abwasserkonzeption, eine Bescheinigung über das Ergebnis einer Prüfung vorzulegen ist.“ Damit werde einer Ausweitung der Prüfpflicht Tür und Tor geöffnet, bemängeln Kritiker.

„Unter Generalverdacht“

Hausbesitzer und Mieter würden unter Generalverdacht gestellt, monierte die FDP. „Omas klein Häuschen“ sei nun doch nicht von der Prüfpflicht ausgenommen – und damit habe Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) ihr Versprechen aus dem Wahlkampf 2012 gebrochen.

Grund- und Oberflächen-gewässer müssten nachhaltig geschützt werden, betonte Remmel. Stoße die Überprüfung auf große Kanal-Schäden, seien diese zügig zu beheben. dpa



Umweltminister Johannes Remmel (Grüne)

Foto dpa